



Ostschweiz am Sonntag  
9001 St. Gallen  
071/ 272 77 11  
www.ostschweiz-am-sonntag.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 59'005  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 037.021  
Abo-Nr.: 1094819  
Seite: 11  
Fläche: 15'264 mm<sup>2</sup>

# Opfer werden nicht alleingelassen

HANSPETER THURNHERR

Im Dezember 2014 ist die eidgenössische Wiedergutmachungs-Initiative eingereicht worden. Sie fordert die Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorglicher Massnahmen sowie die wissenschaftliche Aufarbeitung «dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte», schreibt das Initiativkomitee. Dazu soll der Bund einen Fonds von 500 Millionen Franken schaffen, aus dem schwer betroffene Opfer eine Wiedergutmachung erhalten würden. Eine unabhängige Kommission würde jeden Fall einzeln prüfen. Die Initianten gehen von rund 25'000 Betroffenen aus, wie der Initiant Guido Fluri in der «Rundschau» sagte.

Der Bund hat einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Darin würde der Bund das geschehene Unrecht gesetzlich anerkennen, die Ak-

ten sichern und die Akteneinsicht für die Betroffenen regeln. Auch der Bund erachtet eine Geldleistung als berechtigtes Anliegen. Er geht aber von 12'000 bis 15'000 Opfern aus und entsprechend von einem Betrag von 250 bis 300 Millionen. Aus Sicht von Fluri wäre dies «ein Meilenstein».

Bundesrätin Sommaruga hat im Jahr 2013 einen runden Tisch eingesetzt – mit Betroffenen und Vertretern von Betroffenenorganisationen sowie Vertretern von Behörden, interessierten Institutionen und Organisationen wie Kirchen, Bauernverband, Heimen. Dieser hat Mitte 2014 Massnahmenvorschläge für eine umfassende Aufarbeitung verabschiedet. Er hat auch die Schaffung eines staatlichen Solidaritätsfonds vorgeschlagen. Zur finanziellen Überbrückung beschloss der runde Tisch einen befristeten

Soforthilfefonds im Betrag von sieben bis acht Millionen Franken. Denn viele Betroffene leben in schwierigen finanziellen Verhältnissen oder sind in vorgerücktem Alter.

Der Kanton St.Gallen schuf im April 2013 eine «Koordinations- und Anlaufstelle für Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplazierungen bis zum Jahr 1981». Sie wird betreut durch die stellvertretende Generalsekretärin des Sicherheits- und Justizdepartements, Rechtsanwältin Judith Widmer (Telefon 058 229 30 90). Sie unterstützt Betroffene, die für sie «richtige» Stelle zu finden. Häufig sind es die Opferhilfe oder das Staatsarchiv. «Viele Betroffene sind mit der Aktensuche oder wegen des aufwühlenden Inhalts alleine überfordert», weiss Judith Widmer.